V-39 Der Organisierten Kriminalität den Riegel vorschieben

Antragsteller*in: Anna Katharina di Bari (KV Bochum)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die Organisierte Kriminalität (OK) gehört zu den größten Gefahren der Inneren Sicherheit. Dennoch bekommt das Thema nur selten Aufmerksamkeit. In gesellschaftlichen Debatten dominiert häufig ein verzerrtes und klischeehaftes Bild von kriminellen Gruppen der Organisierten Kriminalität.

Organisierte Kriminalität verursacht enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Schäden – in Deutschland, Europa und weltweit. Kriminelle Akteur*innen arbeiten hochvernetzt und arbeitsteilig zusammen. Laut dem Bundeslagebild Organisierte Kriminalität wird in mehr als zwei Dritteln der polizeilichen Ermittlungen eine internationale Zusammenarbeit von Angehörigen der Organisierten Kriminalität festgestellt.
Die durch die Organisierte Kriminalität verursachten Schäden sind enorm und eine Gefahr für die Demokratie: Gewalt gegen Menschen destabilisiert global ganze Länder – gerade im Drogenhandel. Einflussreiche Organisationen, wie die italienische 'Ndrangheta oder die Cosa Nostra, erzielen Milliardengewinne und bilden Strukturen, die rechtsstaatliche Strukturen unterwandern. Größere Ermittlungsverfahren der letzten Jahre haben – auch in Deutschland – ein Schlaglicht auf ihre Tätigkeiten geworfen. Doch es gibt viele Anzeichen, dass sie nur die Spitze des Eisberges zeigen.

Denn Organisierte Kriminalität bleibt häufig unsichtbar: Gerade professionelle Gruppen meiden die öffentliche Ausübung von Gewalt. Vielmehr setzten sie auf eine Unterwanderung von Gesellschaft und Wirtschaft. Die gesellschaftlichen Folgen sind aber nicht weniger relevant. Trotz eines häufig unauffälligen Agierens von kriminellen Gruppen, lässt sich auch in Europa eine zunehmende Gewaltbereitschaft feststellen. Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigativen Journalisten*innen in den letzten Jahren. So wurden Daphne Caruana Galizia 2017 in Malta, Ján Kuciak 2018 in der Slowakei und Peter Rudolf de Vries 2021 in den Niederlanden getötet. Sie alle haben zur Organisierten Kriminalität und Verbindungen in die Wirtschaft und Politik unerschrocken recherchiert und kriminelle Aktivitäten aufgedeckt.

Als Bündnis 90/Die Grünen setzen wir auf einen multidisziplinären Ansatz, der den Blick darauf richtet, wer die Betroffenen von Organisierter Kriminalität sind und wie langfristig durch eine Zusammenarbeit von Strafverfolgung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Justiz der Organisierten Kriminalität der Riegel vorgeschoben werden kann. Wir arbeiten dafür, dass das Vorgehen gegen die Organisierte Kriminalität ein wirklicher Schwerpunkt der Sicherheitspolitik wird!

Unterwanderung von Gesellschaft und Wirtschaft unterbinden

Ein wesentliches Merkmal der Organisierten Kriminalität ist es, andere gesellschaftliche Bereiche zu durchdringen und die Wirtschaft zu unterwandern. Gerade einflussreiche Akteur*innen setzen auf eine unverdächtig erscheinende

Fassade und haben wenig mit den schießwütigen Klischees gemein. Allerdings ist der gesellschaftliche Schaden enorm, wenn Kriminelle im großen Maßstab in legale Wirtschaftsbereiche investieren oder öffentliche Stellen korrumpieren - das gilt etwa bei Immobilien oder in der Gastronomie. So werden Wettbewerbsbedingungen verzerrt, rechtschaffene Unternehmer*innen geraten unter Druck und Verbraucher*innen durch hohe Preise oder schlechte Produkte belastet.

Wir wollen, dass organisierte Wirtschaftsstraftaten in den Fokus genommen werden. Dafür setzen wir auf einen stärkeren Austausch von Sicherheits-, Finanz- und Ordnungsbehörden. Die Einflussnahme und Unterwanderung von staatlichen Stellen müssen stärker betrachtet werden. Hierfür braucht es zuverlässige Hinweisgeberstellen sowie eine verstärkte Aufklärung und Schulungen von Verwaltungsangestellten und Beamt*innen.

Konsequente Strafverfolgung durch gut aufgestellte Ermittlungsbehörden

Ermittlungen gegen Gruppierungen der Organisierten Kriminalität sind komplex, langwierig und teuer. Damit unsere Sicherheitsbehörden gegen die Organisierte Kriminalität wirksam vorgehen können, brauchen sie politischen Rückhalt und ausreichend Ressourcen.

Wir wollen, dass die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt werden, aufwändige und komplexe Strukturermittlungsverfahren zu führen, die die häufig sehr komplexen Netzwerke aufdecken Ermittlungserkenntnisse müssen konsequent verfolgt und so der Ermittlungsdruck dauerhaft hochgehalten werden. Die systematisierte Sammlung und das Zusammenführen von Ermittlungsergebnissen ist aufwendig - doch nur so können Muster erkannt und Ermittlungen in diese Richtung gelenkt werden können. Hierbei sollte auch häufiger die Expertise von Wissenschaftler*innen genutzt werden. Es ist der aussichtsreichste Weg, um langfristig kriminelle Netzwerke aufzuklären und Hintermänner zu überführen.

Dafür muss die Kriminalpolizei bei Bund und Länder gestärkt und mit ausreichend und qualifizierten Personal ausgestattet werden. Das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und der Zoll müssen hier einen klaren Schwerpunkt legen. Quereinstiegsmöglichkeiten für Fachleute aus der Wissenschaft und Wirtschaft müssen weiter ausgebaut werden, um externe Fachexpertise für die Polizei nutzbar zu machen. Wir wollen, dass in der Aus- und Fortbildung und an den Fachhochschulen der Polizei ein stärkerer Fokus auf die Bekämpfung des organisierten Verbrechens gelegt wird.

Die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden wollen wir auch durch die gesetzliche Verankerung des periodischen Sicherheitsberichts stärken.

Moderne Ausstattung und Technik für neue Herausforderungen

Eine Moderne Polizeiarbeit braucht moderne Strukturen. Ebenso wie sich unsere Gesellschaft rasant ändert, ändern sich auch kriminelle Vorgehensweisen. Gerade die schnelle und tiefe Durchdringung der Digitalisierung bietet neue Tatgelegenheiten. Ein Ausdruck hiervon sind digitale Betrugs- oder Erpressungsdelikte. Gleichzeitig bieten solche Taten neue Ermittlungsansätze für die Sicherheitsbehörden.

Wir wollen, dass die IT-Ausstattung zwischen den Ländern fortlaufend modernisiert und dringende Investitionen getätigt werden. Polizeibehörden müssen Daten zuverlässig und sicher austauschen können. Dafür muss die IT-Architektur

endlich harmonisiert und modernisiert werden. Daneben sind bürgerrechtsschonende und effektive Instrumente der Datenauswertung notwendig. Hier setzen wir auf deutsche und europäische Lösungen.

Polizeiliche Zusammenarbeit stärken und europäisch handeln

Kriminelle Gruppen arbeiten hochvernetzt und international zusammen. Damit Behörden schlagfertig gegen Kriminelle vorgehen können, müssen wir die Kooperation stärken. In Deutschland sind sechzehn Landeskriminalämter, zahlreiche Polizeipräsidien, das BKA, die Bundespolizei, der Zoll und teils sogar der Verfassungsschutz, mit der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität betraut. Wir wollen durch die Schaffung eines „Gemeinsamen Zentrums zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität“ die Zusammenarbeit der Behörden in unserem föderalen System auf gesetzlicher Grundlage verbessern.

Wichtige Erfolge bei der Aufdeckung von OK-Netzwerken hat es durch die gleichzeitige Ermittlung in verschiedenen EU-Ländern unter Beteiligung von Eurojust gegeben, etwa bei einer gemeinsamen Operation “Eureka” im Jahr 2023 mit Beamten aus zehn Ländern, bei der Haftbefehle aufgrund der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, der systematischen Geldwäsche und des Handels mit Betäubungsmitteln und Kokain vollstreckt wurden.

Diese Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn möchten wir stärken. Hierfür wollen wir die europäische Polizeibehörde Europol zu einem Europäischen Kriminalamt weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten. Die Kompetenzen der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) wollen wir auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ausweiten. Gemeinsame europäische Ermittlungsverfahren (Joint-Investigation-Teams) wollen wir fördern und durch den stärkeren Einsatz von Kontaktbeamt*innen unterstützen. Die Gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen wollen wir ausbauen und stärker im Vorgehen gegen die Organisierte Kriminalität nutzbar machen.

Eine handlungsfähige Justiz gegen die Organisierte Kriminalität

Ein handlungsfähiger Rechtsstaat ist die Grundlage für ein erfolgreiches Vorgehen gegen die Organisierte Kriminalität. Wir wollen, dass die Justiz gestärkt und gut ausgestattet für komplexe OK-Verfahren wird. Daher ist die konsequente Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat für uns von großer Bedeutung, der z.B. die Schaffung von zusätzlichen Stellen in der Justiz vorsieht. Wir wollen, dass Schwerpunktstaatsanwaltschaften für den Bereich der Organisierten Kriminalität gegründet werden, um konsequenter gegen kriminelle Gruppierungen vorgehen zu können.

Aussagen von Zeug*innen sind enorm wichtig bei der Aufklärung von Straftaten und im Vorgehen gegen die Organisierte Kriminalität. Damit Zeug*innen und Aussteiger*innen zu Kooperationen bereit sind, müssen entsprechende Zeugenschutzprogramme besser ausgestattet werden.

Wir wollen, dass Menschen und ihren Familien ohne Aufenthaltstitel schnell und unbürokratisch Schutz geboten und ein Bleiberecht zugesprochen wird, wenn sie bei der Aufklärung von Straftaten mitwirken. Aussagen von Kronzeug*innen wollen wir stärker bei der Aufklärung von Aktivitäten der Organisierten Kriminalität nutzbar machen und hier die europäische Zusammenarbeit stärken. Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität besser verfolgbar wird. Geldwäsche und andere

Phänomene Organisierter Kriminalität werden in der juristischen Ausbildung häufig vernachlässigt und in der Praxis aufgrund ihrer Komplexität häufig nicht ausreichend priorisiert. Mit Schwerpunktstaatsanwaltschaften wie in NRW ändern wir das - und setzen uns zudem für die Weiterentwicklung des Straftatbestands der kriminellen Vereinigung ein, damit er ein scharfes und zielgenaues Instrument wird.

Konsequent gegen Geldwäsche vorgehen

Deutschland gilt als ein wichtiges Zielland für Geldwäsche. Eine vielbeachtete Studie kommt gar zum Schluss, dass in Deutschland rund 100 Milliarden Euro jährlich „gewaschen“ werden. Organisierte Kriminalität ist ohne Geldwäsche nicht denkbar, das BKA stellt in rund einem Drittel der OK-Verfahren Geldwäscheaktivitäten fest. Gleichzeitig bleiben die Vermögenssicherungen auf einem relativ geringen Niveau.

Wir wollen, das endlich entschieden gegen diese Machenschaften vorgegangen wird und Täter*innen dort getroffen werden, wo es am meisten weh tut: Bei illegal erlangtem Vermögen. Das Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität muss zu einer schlagkräftigen Finanzpolizei ausgebaut werden.

Damit sich Verbrechen nicht lohnen, wollen wir die Vermögensabschöpfung stärker nutzbar machen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Instrument der administrativen Abschöpfung von Vermögensgegenständen in Deutschland endlich genutzt wird. Dieser Weg ermöglicht es, verdächtigen Vermögenswerte bereits unterhalb der Schwelle für einen strafrechtlichen Anfangsverdacht nachzugehen. Besonders bei komplexen Geldwäsche-Strukturen kommt der vortatenzentrierte Ansatz an seine Grenzen, sodass ein Fokus auf präventiven Finanzermittlungen eine effektivere Verfolgung von Finanzkriminalität ermöglicht.

Mit einer bundesweiten Servicestelle wollen wir die Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für die Länder nutzbar machen. Um der Verschleierung von Vermögenswerten durch komplexe und unübersichtliche Unternehmensstrukturen entgegenzuwirken, wollen wir das Transparenzregister weiterentwickeln.

Kriminelle Märkte trockenlegen und eine moderne Drogenpolitik betreiben

Der Handel mit illegalen Drogen zählt seit jeher zu einem Hauptbetätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Durch die Legalisierung von Cannabis haben wir Teile des Marktes trockengelegt. Nun gilt es die Cannabisgesetzgebung weiterzuentwickeln, damit Konsument*innen geschützt bleiben und der Handel mit Cannabis langfristig dem Schwarzmarkt entzogen wird.

Enorme Umsätze erzielen kriminelle Gruppen mit dem Handel von Kokain. Wiederholte Sicherstellungen von Kokain im Tonnenbereich – insbesondere im Hamburger Hafen – haben Sicherheitsbehörden einen seltenen Einblick in den internationalen Drogenhandel gegeben. Für uns ist klar, wenn kriminelle Gruppierungen Drogen im Verkaufswert im Bereich von vielen hundert Millionen Euro bewegen, erwächst hieraus ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko. Wir wollen, dass die dahinter liegenden Strukturen stärker in den Blick genommen und zerschlagen werden. Wir wollen, dass Aufklärungs- und Präventionsprogramme gestärkt werden, um den Konsum von illegalen Drogen zu reduzieren.

Umweltkriminalität als ernste Gefahr verstehen

Für die Organisierte Kriminalität waren Umweltstraftaten schon immer ein wichtiges Betätigungsfeld. Dazu zählt die illegale Entsorgung von hochgiftigen Abfällen ebenso wie der illegale Holzeinschlag oder Wildtierhandel.

Wir wollen, dass die organisierte Umweltkriminalität stärker kriminalistisch betrachtet und verfolgt wird. Dafür müssen die Aufmerksamkeit und Sensibilität für die Umweltkriminalität bei Polizei und Justiz gesteigert werden. Hierfür braucht es entsprechende Aus- und Fortbildungen.

Die internationale Kooperation in diesem Deliktsfeld muss dringend ausgebaut und eine stärkere Vernetzung durch Europol erfolgen. Wir wollen, dass das Umweltstrafrecht geschärft und Straftaten konsequent geahndet werden.

Organisierte Kriminalität nicht isoliert betrachten

Die Organisierte Kriminalität hat häufig Überschneidungen zu anderen kriminellen Milieus. So greifen terroristische Gruppierungen immer wieder auf die Expertise oder illegale Dienstleistungen der Organisierten Kriminalität zurück. Beispiele hierfür sind die Beschaffung von Waffen oder gefälschten Dokumenten. Gleichzeitig lässt sich immer wieder feststellen, dass islamistische oder rechtsextreme Gruppierungen mit illegalen Waren und vor allem Drogen handeln, um ihre Aktivitäten zu finanzieren. Darüber hinaus lässt sich zunehmend feststellen, dass autoritäre Staaten mit der Organisierten Kriminalität zusammenarbeiten, um Warenflüsse zu organisieren und so Kontrollmechanismen und Sanktionen zu umgehen.

Wir wollen, dass die Überschneidungen von Terrorismus und Organisierten Kriminalität stärker betrachtet und Erkenntnisse systematisch und kontinuierlich zusammengeführt werden. Internationale Verbindungen von unterschiedlichen kriminellen Akteur*innen müssen stärker im Rahmen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufgeklärt werden.

Die Zivilgesellschaft einbeziehen und Entwicklungen im Blick behalten

Ein nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Gruppen kann nur gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gelingen. Wir wollen Gruppen und Organisationen stärken, die Aufklärung betreiben oder als Anlaufstelle für von Kriminalität betroffene Personen dienen. Dazu zählt, dass wir durch die Zivilgesellschaft gewonnene Erkenntnisse stärker in die kriminalpolizeiliche Arbeit einbeziehen. Gleichzeitig wollen wir die Arbeit der Sicherheitsbehörden, unter klaren Voraussetzungen, stärker für die wissenschaftliche Forschung öffnen. Die Forderung der Zivilgesellschaft nach einer unabhängigen Beobachtungsstelle zur Organisierten Kriminalität unterstützen wir.

Wir wollen, dass zuverlässige Anlaufstellen bei den Sicherheitsbehörden für Hinweisgeber oder aus der Kriminalität ausstiegswillige Personen geschaffen werden. Investigative Journalist*innen spielen eine enorm wichtige Rolle bei der Aufdeckung von kriminellen Aktivitäten und Netzwerken der OK. Wir wollen, dass der Schutz von Journalist*innen gestärkt und höchste Priorität bei den Sicherheitsbehörden erhält.

weitere Antragsteller*innen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Marcel Emmerich (KV Ulm); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Lukas Benner (KV Aachen); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Julia Höller (KV Bonn); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Jan Wulff (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Lena Gumnior (KV Verden); Max Lucks (KV Bochum); Tobias Koch (KV Köln); Ursula Stark Urrestarazu (KV Bonn); Antje Westhues (KV Bochum); Katharina Schulze (KV München); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen); Omid Arzani (KV Bonn); Sina Theresa Imhof (KV Hamburg-Nord); sowie 135 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.